

Politischer Gegenstand mit einiger Reibungsfläche

Familie und Beruf Die Frage nach einem bezahlten Vaterschafts- respektive Elternurlaub wird nicht nur von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, sondern auch von Vertretern der liechtensteinischen Parteien unterschiedlich bewertet.

Oliver Beck
obeck@medienhaus.li

Was 2018 bringen mag, steht in vielerlei Hinsicht noch in den Sternen. Jetzt schon als sicher gilt jedoch das Comeback des bezahlten Vaterschaftsurlaubs auf der Agenda des Schweizer Parlaments. Grund ist eine Volksinitiative, die das Anrecht auf 20 bezahlte Urlaubstage im ersten Lebensjahr des Kindes gesetzlich verankern möchte. Die Beratungen der Damen und Herren Volksvertreter, das zeigte sich bereits in früheren Jahren, werden kontrovers ausfallen. Und das Polarisierungspotenzial des Themas bezahlter Vaterschaftsurlaub offenbart sich auch in den Statements, die das «Vaterland» vor dem Hintergrund der Vorgänge im Nachbarland bei Liechtensteiner Parteioxponenten eingeholt hat.

Eliminierung eines Standortnachteils

Für Thomas Lageder, Landtagsabgeordneter der Freien Liste, ist der Fall klar gelagert. «Die jetzige Regelung eines viermonatigen unbezahlten Elternurlaubs kann sich die überwältigende Mehrheit der Angestellten schlicht nicht leisten», betont er. Deshalb wäre ein bezahlter Elternurlaub «im Sinne unserer neugeborenen Kin-

der und Eltern ein echter gesellschaftlicher Gewinn». Aber auch die Wirtschaft, die bekanntlich an der bestehenden Praxis festhalten möchte und bei der Frage nach bezahltem Vaterschaftsurlaub auf Freiwilligkeit und Unternehmensautonomie pocht, könnte davon nur profitieren, glaubt Lageder: «Liechtenstein hinkt in Sachen Vereinbarkeit von Familie und Beruf hinterher. Die Einführung eines bezahlten Elternurlaubs würde lediglich einen Standortnachteil im Wettbewerb um die besten Köpfe wieder aufheben.»

Dass den Arbeitgebern dadurch ein signifikanter finanzieller Mehraufwand entstände, sieht Lageder nicht. Er sei überzeugt, dass ein bezahlter Elternurlaub «ohne wesentliche zusätzliche Belastung für die Wirtschaft» finanziert werden könne. Ebenso wenig erachtet er das Fehlen von Angestellten im Zuge ihres Elternurlaubs als unüberwindbares Hindernis: «In der Schweiz wie auch zum Teil in Liechtenstein muss das jeweils auch funktionieren, wenn Wehrpflichtige ihren Militärdienst leisten müssen.»

Von einer solchen Einschätzung ist DU-Fraktionssprecher Harry Quaderer weit entfernt. «Liechtenstein», sagt er, «ist weltweit einzigartig, wenn man beachtet, wie viele Kleinunternehmen in unserem Land tätig



In Liechtenstein räumt das Gesetz Müttern und Vätern nur ein Recht auf unbezahlten Elternurlaub ein. Bild: iStock

sind.» Für die allermeisten von ihnen sei der durch einen bezahlten Elternurlaub bedingte Ausfall einer Arbeitskraft über mehrere Wochen nicht ohne Weiteres oder überhaupt nicht zu verdauen. Daher, so Quaderer, sei es zweifelhaft, ob eine Initiative, wie sie in der Schweiz eingereicht wurde, hierzulande eine Chance hätte.

Kein Freund starker politischer Regulierung

Auch persönlich begegnet er der Einarbeitung eines bezahlten Elternurlaubs in den Gesetzestext mehr mit Vorbehalten als Wohl-

wollen. Eine Änderung der bestehenden rechtlichen Grundlagen sehe er «eher skeptisch», sagt der DU-Abgeordnete. Nicht zuletzt weil er dadurch eine Einschränkung der Freiheit der Unternehmen befürchtet: «Die Politik soll und darf den Arbeitgebern in diesem Bereich nicht einfach vorschreiben, was sie zu tun haben.» Selbst wenn sich eine machbare finanzielle Lösung ergäbe, würde er es den Arbeitgebern überlassen, wie sie damit umgingen, hebt Quaderer hervor. Wohl wissend, dass bezahlter Elternurlaub so ein Pfund wäre, mit dem vornehm-

lich grössere Betriebe wuchern könnten. «Für Kleinbetriebe dürfte eine solche Kulanz eine grosse oder zu grosse Belastung sein.»

VU-Landtagsfraktionssprecherin Violanda Lanter-Koller kann der Idee eines bezahlten Vaterschaftsurlaubs im Sinne der Harmonisierung von Familien- und Berufsleben prinzipiell einiges abgewinnen. «Es ist für eine junge Familie natürlich schön, wenn sie nach der Geburt eines Kindes so viel Zeit wie möglich zusammen verbringen kann», sagt sie. Die in der Schweiz geforderten 20 Tage sind für sie indes «keine nachhaltige Familienförderung». Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hänge nicht an einer Zeitspanne von vier Wochen. «Dafür müsste der bezahlte Vaterschaftsurlaub viel länger sein.»

FAK-Gelder nur für nachhaltige Massnahmen

Doch das, gibt sie zu bedenken, kostet Geld und könnte heimische Unternehmen teils vor Probleme stellen: «Die grossen Herausforderungen sehe ich in der Finanzierung und in den Folgen für die Wirtschaft – gerade in einer Zeit, in der Experten auf die Gefahren der bei uns anhaltend stagnierenden bis sinkenden Produktivität hinweisen.» Besonders kleinere Unternehmen kämen wirtschaft-

lich und organisatorisch stark unter Druck, so Lanter-Koller.

Eine Verwendung von Mitteln aus der Familienausgleichskasse (FAK) ist für sie an die Bedingung eines tiefgreifenden Effekts geknüpft. «Diese Gelder müssen in eine nachhaltigere Familienförderung investiert werden, als in einen 20-tägigen Vaterschaftsurlaub. In Massnahmen, die für die ganze Zeit der Kindererziehung wirken können, wie beispielsweise in die angedachte Erhöhung des Kindergeldes oder in eine sozialversicherungsrechtliche Besserstellung von Elternteilen, die sich ganz oder hauptsächlich der Kindererziehung widmen.»

Unabhängig von der Frage nach einem gesetzlich geregelten bezahlten Vaterschaftsurlaub sieht Lanter-Koller auch die Unternehmen in der Pflicht, sich mit Kreativität und Eigeninitiative hervorzutun. Aus Wettbewerbsgründen liege es im Interesse der Wirtschaft, selbst Massnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf umzusetzen.

Eine Stimme aus den Reihen der FBP war aufgrund der vielen Ferienabsenzen nicht erhältlich. Parteipräsident Thomas Banzer erklärte jedoch, dass noch keine Parteimeinung gefasst worden sei und das Thema nach den Sommerferien in einer der ersten Präsidiumssitzungen erörtert werde.